US-Russland-Gipfel in Budapest wieder auf Kurs



G7-Außenminister plus Kaja Kallas

15. November 2025 | M.K. Bhadrakumar

Das Treffen der Außenminister der G7 am 11. und 12. November in Niagara, Kanada, erwies sich als bedeutendes Ereignis zu einem Zeitpunkt, an dem eine Wolke der Unsicherheit über den Dialog zwischen den Präsidenten Donald Trump und Wladimir Putin lag. Man kann sogar erste Anzeichen für einen Neuanfang in der gemeinsamen Erklärung der Außenminister der G7 erkennen, in der auf die üblichen scharfen Angriffe auf Russland verzichtet wurde.

In der gemeinsamen Erklärung bekräftigte die G7 erneut ihre allgemeine Unterstützung für die Ukraine "bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität und ihres Existenzrechts sowie ihrer Freiheit, Souveränität und Unabhängigkeit", ging jedoch nicht auf Einzelheiten ein, während sie einen sofortigen Waffenstillstand in dem Krieg forderte. Es wurde erneut bekräftigt, dass die G7 die wirtschaftlichen Kosten für Russland erhöht und "Maßnahmen gegen Länder und Organisationen prüft, die zur Finanzierung der Kriegsanstrengungen Russlands beitragen" – Worte, die nicht überzeugend klangen. Es wurde auf "eine breite Palette von Finanzierungsoptionen" hingewiesen, darunter die "koordinierte" Beschlagnahmung eingefrorener russischer Reserven, obwohl der Weg dorthin weiterhin blockiert ist, und die Unterstützung für die Energiesicherheit der Ukraine wurde bekräftigt.

Auffällig war <u>das Fehlen jeglicher Trommelwirbel</u> oder Versprechen, der Ukraine moderne Waffen zu liefern, um tief ins russische Hinterland vorzudringen.

Die G7-Veranstaltung fiel zeitlich mit dem bevorstehenden Fall von Pokrowsk zusammen, einem militärisch wichtigen strategischen Knotenpunkt, sowie mit einem <u>massiven Korruptionsskandal</u> im Energiesektor in Kiew, in den einige enge Vertraute von Selensky verwickelt sind und der ein Volumen von 100 Millionen Dollar hat. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz forderte nach einem Telefonat mit Selensky ein hartes Vorgehen gegen die Korruption. Das Regime in Kiew steht militärisch und intern vor einer <u>existenziellen Krise</u>.

Das Merkwürdigste an der Erklärung der G7 war, dass es ein ohrenbetäubendes Schweigen zu den Ölsanktionen gegen Russland gab, die angeblich die Lokomotive der künftigen Strategie des Westens sind. Interessanterweise war US-Außenminister Marco Rubio nach dem jüngsten Treffen zwischen Trump und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban im Weißen Haus zur G7 gereist, wo letzterer erfolgreich eine dauerhafte Befreiung seines Landes von allen sekundären Ölsanktionen gegen Russland erreicht hatte.

Nach dem G7-Gipfel verteidigte Rubio auf einer Pressekonferenz energisch die Ausnahmeregelung der USA für Ungarn. Insgesamt zeigte sich Rubio <u>wenig begeistert</u> von den Ölsanktionen und erklärte mehrmals, dass Trumps Entscheidung eigentlich eine Reaktion auf eine Forderung Europas sei. Er distanzierte sich auch von der Umsetzung der Entscheidung, Russlands sogenannte Schattenflotte, die Öl auf hoher See transportiert, zu verfolgen, und bezeichnete dies als "Durchsetzungsmechanismus". Er sagte, dass die USA grundsätzlich der Notwendigkeit der Durchsetzung der Sanktionen zustimmen, schob dann aber die Verantwortung auf die Europäer und erklärte: "Ich denke, dass die Europäer etwas gegen die Schattenflotten unternehmen können, da viele dieser Aktivitäten in Gebieten stattfinden, die viel näher bei ihnen liegen."

Übrigens äußerte Rubio auch seinen Ärger über die Europäer, die Trumps jüngste Schritte zur Konfrontation mit Venezuela kritisiert hatten. Er sagte: "Ich glaube nicht, dass die EU darüber bestimmen kann, was internationales Recht ist, und ganz sicher kann sie nicht bestimmen, wie die USA ihre nationale Sicherheit verteidigen … Ich finde es interessant, dass all diese Länder wollen, dass wir beispielsweise nuklearfähige Tomahawk-Raketen zur Verteidigung Europas entsenden und liefern, aber wenn die USA Flugzeugträger in unserer Hemisphäre stationieren, in der wir leben, ist das irgendwie ein Problem."

Rubio behielt sich den Hauptteil seiner Signale an Moskau für den Schluss seiner Pressekonferenz vor, wo er die Bereitschaft des Weißen Hauses signalisierte, das vorgeschlagene Gipfeltreffen zwischen Trump und Putin in Budapest, das die USA einst vorgeschlagen und dann abgesagt hatten, wieder auf den Weg zu bringen.

So hat Rubio die Idee vorsichtig wiederbelebt: "Nun, ich meine, sehen Sie, das letzte Gespräch [mit seinem russischen Amtskollegen] könnte meiner Meinung nach – ich würde es so charakterisieren, dass es meiner Meinung nach auf beiden Seiten Einigkeit darüber gab, dass es beim nächsten Treffen unserer Präsidenten konkrete Ergebnisse geben muss. Wir müssen von vornherein wissen, dass wir eine echte Chance haben, etwas Positives zu erreichen. Und wir würden uns sehr freuen, wenn das geschehen würde. Ich meine, wir würden uns sehr freuen, wenn dieser Krieg beendet würde, aber wir können nicht einfach weiter Treffen um der Treffen willen abhalten. Und ich denke, beide Seiten sehen das so, zumindest habe ich das aus unseren Gesprächen so verstanden. Meine Gespräche mit ihm waren also immer professionell und produktiv."

Bravo! Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich um eine gut geplante Frage der Medien handelte und Rubio mit seiner Antwort darauf eingegangen ist.

Auf jeden Fall erhielt Rubio die erwartete Antwort, denn Moskau reagierte prompt. Eine <u>ungenannte diplomatische Quelle</u> erklärte gegenüber Tass: "Der Gipfel ist definitiv notwendig, aber ihm müssen sorgfältige organisatorische und inhaltliche Vorbereitungen vorausgehen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die USA sich strikt an die Vereinbarungen von Anchorage halten."

Das scheint die Stimme von Außenminister Sergej Lawrow zu sein. Übrigens hatte Lawrow bereits am 11. November, während das G7-Treffen stattfand, in einer ausführlichen Erklärung die Kontroverse um sein Telefongespräch mit Rubio vor einem Monat ausgeräumt, indem er die Angelegenheit behutsam wieder auf die geplante Budapester Gipfelidee zurückführte, die in der Schwebe geblieben war, nachdem Trump sie plötzlich für gescheitert erklärt hatte.

Lawrow sagte mit einem Hauch von Humor, er habe "ein höfliches Gespräch [mit Rubio] ohne nervöse Zwischenfälle geführt, in dem er im Großen und Ganzen die Fortschritte auf der Grundlage der in Anchorage erzielten Vereinbarungen bekräftigte, und dann aufgelegt".

Tatsächlich verspottete Lawrow die Intrigen der FT und erklärte: "Wenn unsere US-Kollegen ihren Vorschlag erneuern und bereit sind, mit den Vorbereitungen für ein hochrangiges Treffen zu beginnen, das zu sinnvollen Ergebnissen führen könnte, wäre Budapest natürlich unser bevorzugter Veranstaltungsort. Umso mehr, als Donald Trump bei seinem Treffen mit Viktor Orban bestätigte, dass Budapest auch für Washington ein bevorzugter Veranstaltungsort sei."

Nun, der Sturm im Wasserglas hat sich gelegt. Schnallen wir uns an für die Reise nach Budapest in naher Zukunft.

Orban sagte gestern in einem Medieninterview auf die Frage nach Ungarns Beitrag zur Lösung des Ukraine-Konflikts: "Ich möchte nicht ins Detail gehen. Schließlich laufen in Budapest die Vorbereitungen für einen großen Friedensgipfel." Orban argumentierte, dass Ungarn das einzige EU-Land sei, das Kommunikationskanäle und "ständigen Kontakt" zu Russland aufrechterhalte. "Wir verhandeln mit ihnen, und ich bin <u>der einzige Premierminister</u> in ganz Europa, der bei Bedarf Kontakt zum russischen Präsidenten aufnehmen kann", rühmte sich Orban und bezeichnete dies als einen sehr wichtigen Schritt zur Erreichung des Friedens.

Die Beständigkeit und Entschlossenheit der russischen Haltung in Verbindung mit der legendären Flexibilität und Vernünftigkeit ihrer Diplomatie, mit der sie schwierige Situationen meistert, zeigt sich erneut. Aber der Kern der Sache ist, wie der ehemalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am vergangenen Samstag in einem Exklusivinterview mit der Zeitung *The Times* sagte, dass das westliche Bündnis keinen Krieg mit Russland wegen der Ukraine-Frage riskieren wird. Die jüngste Enthüllung über neue futuristische Waffensysteme in Russlands Arsenal, gegen die der Westen keine Abwehr hat, muss ebenfalls als Realitäts-Check gewirkt haben.

Auch Trump hat das Richtige getan, als er öffentlich verkündete: "Manchmal ist es besser, sie [Russland und die Ukraine] eine Weile kämpfen zu lassen." Der Fall von Pokrowsk bedeutet praktisch das Ende des Krieges.